

Krise der Demokratie, Postdemokratie, Refeudalisierung und die Frage nach dem Souverän – Einige Fragen angesichts des NSA-Skandals

1. Einleitung

Die akademische Diskussion um die Krise der Demokratie ist mindestens seit 15 Jahren heftig im Gange. Ein wenig immerhin ist sie mit den Beiträgen von Colin Crouch (2008 und 2011) im außerwissenschaftlichen Diskurs angekommen – und auch in einigen gewerkschaftlichen Debatten. Andererseits ist die Rolle der Gewerkschaften im Ergebnis des mehr als dreißigjährigen neoliberalen Rollbacks im politischen Diskurs unserer Gesellschaft inzwischen eher marginal.² Der Diskurs um die Krise der Politik – vor allem so weit ihn die Gewerkschaften aufgegriffen und forciert haben – fokussiert auf gesellschaftliche Spaltungsprozesse, auf die Krise der sozialen Demokratie und sozialen Bürgerschaft. Es geht also um die Kritik daran, dass die sozialen Bedingungen der Teilhabe aller am demokratischen Prozess der Gesellschaft im Zuge des neoliberalen Rollbacks zersetzt werden. Grundlegend demokratiethoretisch fundiert wird die Debatte weniger (vgl. aber Demirovic 2007, Lieb 2009, Martens 2010). Die These der „Refeudalisierung“ (Neckel 2010 u. 2013) hat das Konzept der Postdemokratisierung weiter zugespitzt.

Die wissenschaftliche Debatte prägen Beiträge, für deren AutorInnen ein grundlegendes Problem darin liegt, dass staatliche Institutionen als Verkörperung der Souveränität dabei sind, die einmal als unveräußerlich erklärten Rechte der Bürger derart einzuschränken, dass ein demokratischer Prozess der Gesellschaft dagegen erst wieder neu erfunden werden müsste. Für Jacques Rancière (2002, 111) ist „die Post-Demokratie (...) die Regierungspraxis und die begriffliche Legitimierung einer Demokratie *nach* dem *Demos*, einer Demokratie die die Erscheinung, die Verrechnung und den Streit des Volks liquidiert hat“. Für Giorgio Agamben (2002) wurde Guantanamo Bay zum Modellfall einer neuen imperialen Machtpolitik der USA, in deren Vollzug gegenüber den neuen Orten souveräner Macht am anderen Pol der Gesellschaft nun

¹ Ich habe den Aufsatz im August 2013 verfasst und bei einer einschlägigen wissenschaftlichen Zeitschrift eingereicht. Nachdem die Redaktion sich nicht zu einer Veröffentlichung entschließen konnte, habe ich ihn nunmehr mit kleinen Aktualisierungen in Einleitungs- und Schlussteil auf meiner Homepage eingestellt. Ich konnte mich auf solche geringen Aktualisierungen beschränken, weil die öffentlichen und politischen Reaktionen auf den NSA-Skandal sich nicht substantiell verändert haben und meine politikwissenschaftliche Analyse deshalb keiner nennenswerten Korrekturen bedurfte.

² Wenn James Galbraith (2013) unlängst gleichwohl für einen aus seiner keynesianischen Sicht überfälligen Kurswechsel der europäischen Politik zutreffend konstatiert hat, dass der Schlüssel hierfür in Deutschland liege und die Gewerkschaften der potentiell wichtigste Akteur für seine Durchsetzung seien, dann ist das also geeignet eine sich zuspitzende Dramatik der europäischen Krise im Hinblick auf die Suche nach Akteuren, von denen praktisch verändernde Eingriffe zu erwarten wären, besonders deutlich zu machen.

wieder der „homo sacer“, das nackte Leben konstituiert würde. Und Philip Manow (2008, 115) hat uns vor Augen geführt, dass mit dem Parlament als „symbolischem Körper“ anstelle eines „unauffindbaren“ Volkes, das legitime Macht „personifiziert und inkarniert“ immer schon „Elemente vorgängiger Herrschaftslegitimation in dem neuen, sich als aufgeklärt deklarierenden Zeitalter“ ein Nachleben geführt haben

Der aktuelle NSA-Skandal liefert dieser Debatte neuen Stoff. Er macht in den USA einen „freiheitsverachtenden Überwachungswahn“ sichtbar (Zielcke 2013), der seit der Erklärung des Krieges gegen den Terror die US-amerikanische Gesellschaft tiefgreifend verändert hat. Die durch die mutige Entscheidung Edward Snowdens ausgelöste aktuelle öffentliche Debatte um die Totalabschöpfung digitaler Kommunikation durch die National Security Agency der USA (NSA) und die Government Communication Headquarters des UK (GCHQ) hat vielleicht die Hoffnung genährt, dies könnte einer kritischen gesellschaftspolitischen Debatte einen neuen Impuls geben. Allerdings scheint es bislang eher so zu sein, dass das grundgesetzwidrige Agieren dieser Geheimdienste in der Bundesrepublik Deutschland und dessen mehr oder weniger stillschweigende Hinnahme durch die Bundesregierung, die als Regierung einer in der EU dominanten Mittelmacht ihre nach wie vor fehlende Autonomie in zentralen Fragen der Sicherheitspolitik (Foschepoth 2012 und 2013) offenbar akzeptiert, keine breitere öffentliche Empörung auslöst. Die scharfen und zutreffenden Kommentare von Jakob Augstein (2013) waren Anfang Juli noch eher die leuchtende Ausnahme in der medialen Berichterstattung. Einige seriöse liberale Beobachter, wie z. B. Heribert Prantl (2013) folgten, und der weitere öffentliche Umgang mit dem NSA-Skandal schien Mitte August 2013 immerhin offen. Anders als angesichts der fortschreitenden Aushöhlung und, in Südeuropa, zunehmenden Abschaffung wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften und der so immer offenkundigeren tiefen Krise sozialer Bürgerschaft (Balibar 2008) in den Mitgliedsstaaten der EU kann man hier, wo es um offenkundige Verletzungen verfassungsmäßiger Rechte geht, davon sprechen, dass die Schwelle der Skandalisierung herrschender Politik erreicht worden ist, öffentliche Empörung aber weithin ausbleibt.

Wenn ich den NSA-Skandal im Folgenden zum Anlass nehme, die fortschreitende Krise der Politik im Hinblick auf die wissenschaftliche Debatte hierzu zum Thema zu machen und deren weiteres Fortschreiten zu reflektieren, dann geht es nicht um einen politischen Essay als Beitrag zu einer in Deutschland, wie angedeutet, immer noch nur mäßig entwickelten politischen Debatte zum NSA-Skandal. Diese Debatte ist vielmehr ihr Anlass. Immerhin konnten wir in ihr inzwischen von einem früheren US-amerikanischen Präsidenten hören, dass die USA keine funktionierende Demokratie mehr hätten (Spiegel-online 17.07.). Oder wir haben aus einem kurzen Beitrag von Daniel Ellsberg (2013) erfahren, dass ihm zu Zeiten seiner Veröffentlichung der Pentagon-Papiere im Jahr 1971 eine noch ganz anders funktionierende Demokratie die Möglichkeit gegeben habe, im Lande zu bleiben. Und immerhin konnten wir in der Folge eine in den USA ein wenig in Gang kommende öffentliche Debatte erleben. Der NSA-Skandal, über den sich hierzulande öffentlich noch immer Wenige aufregen, wirft so ein bezeichnendes Licht auf die weiter fortgeschrittene Aushöhlung de-

mokratischer Bürgerrechte, ja auf ein Dahinsiechen der Demokratie. Ich werde im Folgenden zunächst der Frage nachgehen, worin eigentlich der aktuelle Skandal besteht (Kapitel 2). Danach werde ich einige theoretische Aspekte der Debatte über die Krise der Demokratie aufgreifen, die im Licht der Vorgänge im Sommer 2013 besonderes Interesse verdienen (Kapitel 3). Dass und weshalb dies so ist, werde ich durch den Vergleich zur gesellschaftlichen Reaktion auf die eben angesprochene Veröffentlichung der Pentagon-Papiere im Jahr 1971 zeigen. In diesem Zusammenhang gewinnt die damalige Analyse von Hannah Arendt (1971) von neuem großes Interesse. Betrachtet man die Analyse dieser politischen Humanistin (Martens 2013b), wird zugleich deutlich, dass die seitherige Entwicklung unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit, den im Grunde ja tiefen Pessimismus der zeitgeschichtlichen Analysen dieser Denkerin noch bei weitem übertroffen haben (Kapitel 4). Ich ende schließlich mit einigen Schlussbemerkungen, die nicht zuletzt die eigene Ratlosigkeit angesichts der zuvor aus gegebenem Anlass analysierten Lage zum Ausdruck bringen (Kapitel 5). Sie sind aber zugleich Herausforderung zum Weiterdenken in der „Aussichtslosigkeit, in die unsere Welt geraten“ zu sein scheint – so eine Formulierung der Arendt in ihren posthum veröffentlichten politischen Schriften (Arendt 1993,35) deren Wirklichkeitsgehalt vielleicht erst heute in seiner wirklichen Tragweite ins Bewusstsein tritt.

2. Was ist der Skandal?

Am 06.06. 2013 berichten der Guardian und die Washington Post über das Programm PRISM mittels dessen der NSA bei Unterstützung aller großen Internetfirmen (Google, Facebook, Yahoo, Microsoft., Apple) eine Totalüberwachung der Internetkommunikation nicht nur der amerikanischen Bürger vollzieht. Insbesondere in Deutschland würde mittels PRISM eine umfassende Abschöpfung der Internetkommunikation aller Bürger erfolgen. Edward Snowden gibt sich drei Tage später in Hongkong als der Informant hinter diesen Meldungen öffentlich zu erkennen. Wiederum wenige Tage darauf wird gegen ihn in den USA wegen Diebstahl, Weitergabe geheimer Informationen und Spionage Anklage erhoben. Er entzieht sich dem Zugriff der amerikanischen Behörden und hält sich Mitte Juli bereits seit mehreren Wochen (seit dem 23. 06.) im Transferbereich des Moskauer Flughafens auf. In der Folge geben die von ihm ins Vertrauen gezogenen Journalisten sukzessive weitere Informationen an die Öffentlichkeit – etwa über eine vergleichbare Totalüberwachung der Internetkommunikation seitens des britischen CGHQ, über die Ausspähung von EU-Vertretungen durch den NSA in Washington und bei den UN, aber auch in EU-Gebäuden in Brüssel, oder über die Totalerfassung des Telefon-Verkehrs in den USA. Als Russland Snowden am 01.08. Asyl gewährt veröffentlicht der Guardian neue Berichte über ein weiteres Überwachungssystem (X-KEYSCORE), das der NSA über den weltweiten Zugriff auf Metadaten auch die Möglichkeit zu beliebigem gezielten Zugriff auf Inhalte bieten soll. Mitte August kommt die NSA dann erstmals in die Verlegenheit, die tatsächliche, US-Gesetzte missachtende, Nutzung dieser Möglichkeiten als eigenen Fehler zu erklären. Auch über Wirtschaftsspionage im Wege der Anzapfung des Internets ist zuvor schon die Rede, oder davon, dass/ob der BND

durch die Weitergabe von Handydaten an den NSA dem Töten von als Terroristen identifizierten Personen über den Einsatz von Drohnen außerhalb jeglicher rechtsstaatlicher Regeln Vorschub geleistet hat. Außerdem tauchen Informationen darüber auf, dass es, zurückgehend noch auf Regelungen des bei Neugründung der Bundesrepublik fortbestehenden Besatzungsrechts der Westalliierten, immer noch geheime Sonderregelungen gibt, die dem amerikanischen Geheimdienst nahezu völlige Bewegungsfreiheit in der Bundesrepublik sichern und ihm, in unserem „digitalen Zeitalter“ eben neue geradezu unbegrenzte Spielräume eröffnen (Steinfeld 2013, Zielcke 2013). Die Zahl der offenen Fragen wächst so rasch an.

Auflagensteigernd scheint es allerdings in den ersten Wochen eher gewesen zu sein, über die Auslieferungsbegehren der amerikanischen Regierung oder über Snowdens Suche nach einem Staat, der ihm Exil bieten könnte, zu berichten und dann die lateinamerikanischen Staaten, die ein entsprechendes Angebot gemacht haben, als demokratisch fragwürdige Adressen zu desavouieren. Wir erleben so in der Bundesrepublik zunächst eher erneut ein Versagen der Medien, so wie wir auch das weitgehende Versagen der etablierten oppositionellen Parteien erleben. Dies trägt selbstredend dazu bei, dass die große Mehrzahl der BürgerInnen zwar das Trauerspiel einer angesichts des Skandals abtauchenden Regierung registriert, sich aber von der offenkundigen Verletzung des Grundrechts auf eine gesicherte Privatsphäre nicht wirklich betroffen fühlt. Erst nach und nach hat die öffentliche Berichterstattung breitere Debatten ausgelöst. Reaktionen der offiziellen Politik – v. a. in Deutschland, wo der NSA mit seinen Praktiken den Angaben von Snowden zufolge systematisch grundgesetzlich geschützte Bürgerrechte verletzt hat – kommen erst langsam in Gang. EU-Staaten, in denen Snowden u.a. Anträge auf politisches Asyl gestellt hat, lehnen diese Anträge ab und sind, wie v. a. die Affäre um die erzwungene Landung des kolumbianischen Präsidenten in Wien gezeigt hat, nur allzu bereit, dem Auslieferungsbegehren der US-Regierung zu entsprechen.³

Zum Zeitpunkt, zu dem ich diesen Artikel schreibe, scheint eine kritische mediale Berichterstattung, jedenfalls in einigen der großen liberalen Zeitungen und Zeitschriften, in der Bundesrepublik zunächst an Stetigkeit und Schärfe gewonnen zu haben. Es gibt einige scharfe Kolumnen und Artikel, aber von einer öffentlichen Empörung ist die mediale Berichterstattung in der Bundesrepublik weit entfernt. Albrecht Müllers Reflexionen unter der Überschrift „...und niemand regt sich auf“ (Müller 2013) kennzeichnen die Lage im Juli 2013 und darüber hinaus (Boie/Obermaier 2013) wohl weitestgehend zutreffend. An Demonstrationen in verschiedenen Deutschen Städten beteiligen sich Ende Juli nur wenige tausend Menschen. Zugleich bemüht sich die herrschende Politik nach Kräften die Debatte zu entschärfen (Fried 2013, Obermaier 2013). Da sie sich nicht als Wahlkampftauglich erweist, kann die Bundeskanzlerin nach langem Schweigen ein in hohem Maße beschwichtigendes Interview in der Zeit gegeben, sich kurz darauf mit ähnlich nichtssagenden Erklärungen in den Sommerur-

³ Zur ausführlichen Dokumentation der sogenannten Spionageaffäre vgl. den Eintrag zu Edward Snowden bei Wikipedia.

laub verabschieden und ihren Kanzleramtsminister die Affäre für beendet erklärten lassen. Erst seit Oktober kommt der NSA-Skandal erneut massiv in die Schlagzeilen, als bekannt wird, dass die NSA seit Jahren das Handy der Kanzlerin selbst abgehört hat. Dass amerikanische und britische Agenten in Deutschland nahezu ungestört agieren können (SZ 16./17. und 19. 11.), kommt nunmehr erneut und in Gestalt umfangreicher Recherchen in der Presse zur Sprache.⁴ Aber die Bevölkerung hat nach Meinungsumfragen nach wie vor in ihrer übergroßen Mehrheit nicht wirklich Probleme mit der Abschöpfung praktisch aller Kommunikation im Internet durch die USA. Immerhin muss die Bundesregierung nun in anderer Weise reagieren, ist aber dabei vor allem darum bemüht, die nun offenkundig belasteten Beziehungen zu den USA nicht ihrerseits zusätzlichen Störungen auszusetzen, indem sie Snowden als Zeugen vor einem Untersuchungsausschuss Sicherheit vor Auslieferung an die USA zusichert.

Nimmt man dieses Gesamtbild, so wird man an Hannah Arendts zutiefst skeptische Einschätzung der Entwicklungsperspektiven der Neuzeit erinnert. Bekanntlich hat sie am Ende von „Vita Activa“ geschrieben:

„Es ist durchaus denkbar, dass die Neuzeit, die mit einer so unerhörten und so unerhört vielversprechenden Aktivierung aller menschlichen Vermögen und Tätigkeiten begonnen hat, schließlich in der tödlichsten, sterblichsten Passivität enden wird, die die Geschichte je gekannt hat.“ (Arendt 1967, 314f).

Allerdings hat sie hierbei die Selbstwidersprüchlichkeit der historischen Entwicklung zu wenig im Blick, über die uns die Marxschen Analysen des Kapitalismus auch heute immer noch belehren können.⁵ An dieser Stelle soll aber zunächst interessieren, was hier der Skandal ist: Der kursorische Überblick mag ausreichen, um diese Frage aufzuwerfen,

⁴ In einem Kommentar vom 18.11. spricht Heribert Prantl von „souveräner Insouveränität“ der deutschen Regierung im Umgang mit dem „rigorose(n) Schalten und Walten der USA auf deutschem Boden“ und dem Umstand dass „zwei Staatsgewalten auf deutschem Boden“ existierten. Er röstet sich und seine Leser damit, dass der „entzauberte“ Nationalstaat „angesichts der blutigen Geschichte“ der europäischen Nationalstaaten „gewiss nicht schlecht“ sei, aber er wirft nicht mehr – wie noch in früheren Kommentaren (SZ 10./21. 07.) – die Frage nach dem Schutz bürgerlicher Grundrechte und der Demokratie in aller Schärfe auf. Irgendwie scheint die anfängliche liberale Empörung inzwischen eingeholt zu sein von den frühen eher achselzuckenden Analysen konservativer Beobachter, wie etwa Peter Scholl-Latour (2013).

⁵ Der eher konservative Sozialwissenschaftler Karl-Siegbert Rehberg (2011) hat unlängst wider auf die Triftigkeit dieser Analysen verwiesen, und Josef Vogl (2010) hat die Selbstwidersprüchlichkeit, und damit Offenheit der ökonomischen Prozesse angesichts der Weltfinanzkrise gegen die Stabilitätsannahmen neoliberaler Glaubenssätze überzeugend nachgewiesen.

- Ist es der Umstand, dass Geheimdienste eben tun, was sie immer tun, nämlich alle ihnen zugänglichen Möglichkeiten der Beschaffung von Informationen zu nutzen?
- Liegt der Skandal darin, dass es für konservative Beobachter augenscheinlich selbstverständlich ist, dass und wie das inzwischen geschieht, ihre Überraschung also eher eine über die überraschte Öffentlichkeit ist?
- Ruft der Vorgang so in Erinnerung, dass hierzulande seit langem über die Unzulänglichkeit der parlamentarischen Kontrolle der Dienste diskutiert worden ist, und liegt der Skandal also darin, dass die jeweils herrschenden Parteien ihre Unfähigkeit zu entsprechenden Reformen seit Jahrzehnten unter Beweis gestellt haben?
- Liegt er möglicherweise darin, dass sich der NSA bei der Ausspähung der Bürger der Bundesrepublik um deutsches Recht nicht schert und dass der BND sich die ausgespähten Daten zu Nutze macht - von den Rechtsverstößen also weiß, von denen die Bundesregierung bislang angeblich keinerlei Kenntnis hatte – auch wenn der zuständige Minister im Bundeskanzleramt solche Verstöße dementiert?
- Liegt der Skandal darin, dass die Bundesrepublik im Licht dieser „Spionageaffäre“ plötzlich als eine europäische Mittelmacht erkennbar wird, die auch mehr als zwanzig Jahre nach Wiedervereinigung und offiziellem Friedensschluss immer noch als nur begrenzt autonomer Staat agiert – und deren Regierung diesen Status, nicht einmal „Juniorpartner“ zu sein, allem Anschein nach auch akzeptiert?
- Liegt er darin, dass unbeschadet der öffentlich gewordenen Informationen darüber, dass der NSA Einrichtungen der EU ausspioniert habe, gleich mehrere europäische Regierungen geradezu in vorauseilendem Gehorsam das Auslieferungsbegehren der US-amerikanischen Regierung zum Anlass nehmen, die Präsidentenmaschine eines Drittlandes wegen der Vermutung, der gesuchte Snowden könnte sich an Bord befinden, zur Landung zwingen?
- Oder liegt der eigentliche Skandal darin, dass die Regierungen unserer westlichen Demokratien – allen voran die USA in ihrem „Krieg gegen den Terror“ (G. W. Bush), also nicht gegen andere Staaten sondern gegen tatsächliche und vermeintliche Bedrohungen, die immer und überall lauern können – jeden einzelnen ihrer eigenen Bürger als potentielle Bedrohung der Landessicherheit betrachten – und behandeln?

Man wird wohl konstatieren müssen, dass der NSA-Skandal alle diese verschiedenen Dimensionen enthält und dabei zugleich für jeden sichtbar macht, dass die USA als – ökonomisch allerdings längst nicht mehr unangefochtene⁶ – Weltmacht Num-

⁶ Vgl. in diesem Zusammen hang z. B. die schön ältere Analyse von Immanuel Wallerstein (2004) oder von Wolfram Adolphi (2012) und Wolfgang Fritz Haug (2012) vorgelegten Analysen zur Entwicklung der Machtverhältnisse zwischen den USA und der Volksrepublik China.

mer 1 in der Tat in bestürzender Weise dem Bild von jenem Empire zu entsprechen scheinen, das Michael Hardt und Antonio Negri (2002) seiner Zeit in ihrer zu einem linken Kultbuch avancierten Analyse gezeichnet haben.⁷ Mich wird im Folgenden vornehmlich die demokratiethoretische Dimension des NSA-Skandals interessieren. Um sich hier Klarheit zu verschaffen, reicht es allerdings nicht aus, die ziemlich seichte Redeweise von der erforderlichen Balance zwischen Freiheit und Sicherheit näher zu beleuchten, mittels derer von verschiedenen Seiten her versucht wird, dem Skandal der Totalüberwachung der BürgerInnen die Spitze zu nehmen. Hier zeigt im Sommer 2013 ja schon ein erster flüchtiger Blick auf die „Erfolgsmeldungen“ des Bundesinnenministers zu seinen vorgeblich klärenden Gesprächen in den USA, dass die Zahlen zu den dank der Überwachung angeblich verhinderten Attentaten „Luftnummern“ sind. Er selbst muss einräumen, hier keine sicheren Informationen zu haben. Letztlich haben gesicherte Daten immer nur die Dienste selbst, und die werden im Zweifel immer betonen, dass sie noch mehr Informationen benötigen, um eine solche Balance zu gewährleisten. Sichtbar wird so, dass es sie nicht gibt, vor allem aber niemanden, der sie zuverlässig feststellen könnte; und dass es tatsächlich um eine ganz andere Frage geht. Es geht darum, wie viel Freiheit die Bürger sich im Interesse versprochener und erhoffter Sicherheit nehmen lassen und wie sich eigentlich schon heute das Verhältnis von Regierenden und Bürgern darstellt. Das postdemokratische Bild, das sich hier aufdrängt ist das einer in der Administration und bei den regierenden geballten, durch sie verkörperten souveränen Macht, der die BürgerInnen zunehmend nicht als durch festgeschriebene Rechte geschützte Freie, und gemeinsam in letzter Instanz als der eigentliche Souverän gegenüberstehen, sondern als einzelne Viele, die potentiell alle die Sicherheit des Gemeinwesens und der darin spezifisch verkörperten souveränen Macht bedrohen (können). Und am Ende des fortschreitenden Prozesses der Postdemokratisierung werden die BürgerInnen, deren „soziale Bürgerschaft“ unter dem Druck der herrschenden neoliberalen Politik schon seit langem in eine tiefe Krise geraten ist und erodiert (Balibar 2008, Martens 2012), dieser Verkörperung ihrer Souveränität durch herrschende Eliten als Untertanen gegenüber stehen.

Es ist kennzeichnend, dass unbeschadet des dahin schwelenden Skandals, den man auf „kleiner Flamme“ zu halten sucht, die Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen TIPP von den herrschenden Eliten beiderseits des Atlantiks energisch weiter verfolgt werden. Dass die EU diese Verhandlungen nutzen könnte, um Druck auf die USA auszuüben, weist die Bundeskanzlerin weit von sich. Die neoliberalen Glaubenssätze bleiben hier weiterhin die oberste Maxime. Den BürgerInnen werden unbeschadet aller vorliegenden Erfahrungen, dass die entfesselten Märkte, also Verhältnisse, in denen der Kapitalismus sich ungezähmt entfalten konnte, ein Massenelend ungeahnten Ausmaßes mit sich brachten (Arendt 1974, 280) darauf eingestimmt, dass das Freihandelsabkommen neue Arbeitsplätze bringen werde. Für private Investoren hingegen gibt es nicht nur Versprechungen, denen die Erfahrun-

⁷ Zur (notwendigen) kritischen Bewertung ihrer Analyse ist hier nicht der Ort. Vgl. dazu aber z. B. die Beiträge von Weinbach 2003, Wolf 2007 oder Fach 2008.

gen der letzten Jahrzehnte widersprechen, sondern es sind für sie Klagerechte gegenüber den beteiligten Staaten vorgesehen, mittels derer sie auf den Schutz ihrer Investitionen klagen können – etwa gegen die möglichen Folgen neuer Umweltgesetze. Dabei sind die Verhandlungen vor einem entsprechenden Schiedsgericht geheim. Der Schmälerung künftigen Gewinns, bezeichnet als „indirekte Enteignung“ soll vorgebeugt werden. Gegen die Schmälerung künftiger Arbeitseinkommen gibt es keine entsprechenden Vorkehrungen. „Der Investor ist unantastbar“ (Glunk 2013) Die den neoliberalen Glaubenssätze der Herrschenden entsprechenden nächsten Schritte behalten uneingeschränkt Vorrang.⁸

Bei einer vertiefenden Analyse demokratiethoretischer Aspekte des Skandals kommen die Analysen zahlreicher Autoren - von Zigmunt Baum,an (1999) bis zu Philip Manow (2008) ins Spiel (s. u.). Und hier ist auch an den schon erwähnten Kommentar von Daniel Ellsberg zu erinnern. Dass Jemand wie Snowden die „Selbstverständlichkeit“ der Arbeit der Dienste öffentlich gemacht hat, macht ihn zum Geheimnisverräter, dessen die US-Regierung mit allen Mitteln habhaft werden will, und hierher gehören von Neuem Fragen zur „Lüge in der Politik“ (Arendt 1971) – etwa hierzu-lande als Frage nach den kosmetischen sprachlichen Operationen, mit denen z. B. parallel zum NSA-Skandal aus der „Vorratsdatenspeicherung“ eine „Mindestdatenspeicherung“ geworden ist. Die Frage lautet also wirklich so, wie sie der SPD-Vorsitzende Siegmur Gabriel in einem Fernsehinterview formuliert hat: „In welcher Welt leben wir eigentlich?“ Dieser Frage will ich im Folgenden in demokratiethoretischer Perspektive vertiefend nachgehen.

3 „Wir haben dem König den Kopf noch nicht abgeschlagen“- eine demokratiethoretische Vertiefung

3.1. Das demokratische Projekt der Moderne als „unendliche Aufgabe“

Unsere westlichen Demokratien sind das Produkt des demokratischen Projekts der Moderne, das nach „vorlaufenden“ Ansätzen mit den großen bürgerlichen Revolutionen in Amerika und in Frankreich von Neuem in die soziale Wirklichkeit geholt worden ist. Mit Hannah Arendt (1974) – und anschließend an ihre Analyse des Jahrhunderts der Revolutionen – kann man sagen, dass dieses „demokratische Projekt der Moderne“ mit der amerikanischen und Französischen Revolution begonnen hat. Es ist heute also gerade einmal 240 Jahre alt. Man kann ferner zeigen, dass in diesem Projekt von Beginn an radikaldemokratische Konzepte gedacht und umzusetzen versucht wurden, die deutlich über die im 19. Und 20. Jahrhundert gegen Widerstände und mit vielen Rückschlägen durchgesetzte parlamentarische Demokratie hinaus-

⁸ Immerhin ist hier nachzutragen, dass Kritik und Widerstand verschiedenster NGOs inzwischen zu einer kritischen öffentlichen Diskussion führen (siehe zuletzt SDZ 05.02. und 27. 02. 2014), in der auch seitens der Gewerkschaften, etwa der IG Metall gefordert wird, die Verhandlungen zu dem Abkommen zu stoppen.

weisen.⁹ Ferner macht Arendt im Anschluss an Jefferson klar, dass dieses demokratische Projekt als eine „unendliche Aufgabe“ (Heil/Hetzel 2006) zu verstehen und von den Gründern der amerikanischen Republik auch so verstanden worden sei (Arendt 1974). Jede neue Generation steht demnach vor der Aufgabe Demokratie als Lebensweise (Negt 2010) weiter zu entwickeln. Und immer gab es dagegen, wie Rancière betont, eine antidemokratische Grundhaltung der Besitzenden. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang schließlich, dass die großen bürgerlichen Revolutionen am – und im Blick auf die vereinigten Staaten von Amerika sogar vor – dem Beginn des Aufstiegs des Kapitalismus stehen. Die amerikanische Verfassung ist also zu – aus dem *anciën* Regime heraus - noch zutiefst patriarchal geprägten Zeiten für eine agrarische Gesellschaft geschrieben worden.¹⁰ Und in der seitherigen 240-jährigen Geschichte war das Verhältnis von Kapitalismus und Demokratie immer wieder höchst spannungsreich. In vielen Staaten und über lange Zeiträume ist der Kapitalismus immer wieder sehr gut ohne die parlamentarische Demokratie zu Recht gekommen, so wie dies in unserer Gegenwart etwa in China der Fall ist. Die nach dem zweiten Weltkrieg aufblühenden wohlfahrtsstaatlichen sozialen Demokratien hatten nur eine kurze eine Blütezeit von zwei bis drei Jahrzehnten und sind seit den 1980er Jahren eines massiven neoliberalen Rollbacks immer weiter fortschreitenden Erosions- und Krisenprozessen ausgesetzt (vgl. Scholz u.a. 2006, Balibar 2008).

Nun ist die Geschichte der repräsentativen Demokratie in Deutschland seit der Novemberrevolution von 1918 nach der kurzen Episode der Räte von solchen Überlegungen wenig berührt. Ganz diesseits der eben umrissenen Debatten ist festzuhalten, dass sie im Kern auf Willensbildung durch Vertretungseliten setzt, die von den Vertretenen ungestört und weitgehend unabhängig sind. In den Worten von Josef Schumpeter heißt das in seiner Schrift „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“:

„Die Wähler außerhalb des Parlaments müssen die Arbeitsteiligkeit zwischen ihnen selbst und den von ihnen gewählten Politikern respektieren. Sie dürfen diesen zwischen den Wahlen nicht all zu leicht das Vertrauen entziehen und müsse einsehen, dass, wenn sie einmal jemanden gewählt haben, die politische Tätigkeit seine Sache ist und nicht die ihre.“ (zitiert nach Beerhorst 2009a, 21).

Gewiss, diese Aussage, kurz nach der „halben Revolution“ von 1918, die „Sieg und Niederlage zugleich“ (Klönne 1980,153) und „verpasste Chance“ (Grebing

⁹ Arendt (1974, 298-327) zeigt das in Bezug auf die rätendemokratischen Ansätze in der amerikanischen wie die französische Revolution – und geht so weit, auch im Blick auf das darauf folgende Jahrhundert der Revolutionen zu argumentieren, dass man nur bei Jefferson von einem *Rätegedanken* sprechen könne (a.a.O. 336, Hervorhebung im Original). Peter v. Oertzen weist im Zusammenhang seiner Analyse der deutschen Novemberrevolution auf frühe Rätendemokratische Ansätze bereits in der Armee Oliver Cromwells hin (v. Oertzen 1976, 340). Vgl. ausführlicher Martens 2010, 86-97. Siehe auch Martens 2014, 115-123 (Seitenangaben nach dem Manuskript).

¹⁰ Jefferson hatte, worauf Nicolaisen (1996) hinweist, auch für die Zukunft das Bild einer agrarischen Gesellschaft vor Augen.

1966,159) war, liegt ein wenig zurück. Es gab zwischenzeitlich die von Karl Mannheim formulierte Erwartung, dass on the long run angesichts der wachsenden Komplexität moderner Gesellschaften ein Prozess „fundamentaler Demokratisierung“ sich durchsetzen werde. Das zivilisationstheoretische Konzept von Norbert Elias ist mit diesen Annahmen eng verschränkt (Kilminster 1996, Martens 2013d, 67-84); und am Beginn der sogenannten goldenen Jahre des Fordismus und des Aufstiegs der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien finden sich vorsichtige Bezüge auf dieses Konzept auch bei wichtigen Repräsentanten der Deutschen Soziologie. So spricht etwa Helmuth Plessner in verschiedenen Aufsätzen der 1950er Jahre in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland von einer „offenen Klassengesellschaft“, die angesichts „verschwimmenden Klassengrenzen“, einer „klassenmäßigen Unfixiertheit“ jeweiliger Spitzengruppen und „beschleunigter vertikaler Mobilität“ durch „fundamentale Demokratisierung“ gekennzeichnet sei (Plessner 1985/1955,141). Wir wissen es inzwischen angesichts der mit den Begriffen der „Postdemokratie und „Refeudalisierung“ gekennzeichneten sozialen Entwicklungen (s. u.) besser und müssen im Raum der Politik inzwischen erleben, dass es der herrschenden Politik heute auf dem Weg zu einer „marktkonformen Demokratie“ (Merkel) darum geht, Kernrechte des Parlaments zu „wirtschaftskonformen Mitbestimmungsrechten“ gegenüber einer demokratisch durch Wahl nicht mehr legitimierten Administration zu machen.¹¹ Diese jüngsten Entwicklungen gehören in den Kontext des gegen die nationalstaatlich konstituierten wohlfahrtsstaatlichen Demokratien der ersten Nachkriegsjahrzehnte gerichteten hajekanischen Elitenkonzepts, das die Politik der EU seit dem Beginn der 1990er Jahre kennzeichnet (Wolf 2009a). Auf all dies ist noch näher einzugehen.

Gewissermaßen ‚überboten‘ werden diese empirischen Entwicklungen von den systemtheoretischen Modellen Niklas Luhmanns, die dem ganzen politischen Betrieb ohnehin jede gesamtgesellschaftliche Steuerungskompetenz bestreiten (Luhmann 1989). Nur konsequent hat Luhmann in einem früheren Aufsatz über „die Zukunft der Demokratie“, in dem er deren historische Leistung allein in der Temporalisierung von Macht erkennen will¹², alle Gestaltungsversprechen ad acta gelegt, die mit dem Beginn des demokratischen Projekts der Moderne einmal auf das engste verknüpft gewesen sind und folgerichtig auch Ausdruck z.B., in der amerikanischen Verfassung gefunden haben. Er schreibt dort:

¹¹ Zu der im Zusammenhang mit der Einführung des ESF im September 2011 getroffenen Aussage der Bundeskanzlerin von der „marktkonformen Demokratie“ siehe auch die Kritik bei Schirrmacher (2013, 172). Zu den dann immerhin noch zu beachtenden „Mitbestimmungsrechten“ des Parlaments siehe die Davoser Rede 2013 (Merkel 2013).

¹² Dass dies in der Tat eine historische Leistung ist, zeigt sich bei jeder neuen Revolution gegen autokratische oder diktatorische Regime angesichts der i. d. R. gegen sie ausgelösten konterrevolutionären Bewegungen, wie aktuell am Beispiel Ägyptens zu beobachten ist. Immer zeigt sich in solchen Fällen aber auch, dass die revolutionären Bewegungen selbst eben auch von Motiven befeuert werden, wie wir sie seit den frühen bürgerlichen Revolutionen kennen und wie sie auch in den durch sie erkämpften Verfassungen Ausdruck gefunden haben.

„Wenn es bei Demokratie um Vernunft und Freiheit, um Hunger und Not, um politische, rassistische, sexistische und religiöse Unterdrückung, um Frieden und um säkulares Glück jeder Art geht, - dann sieht es in der Tat schlimm aus. Und zwar so schlimm, dass die Wahrscheinlichkeit groß ist, das alles was man dagegen tut, die Verhältnisse nur noch verschlimmert. Darüber zu reden möchte ich anderen überlassen“ (Luhmann 1987, 126).

Das DFG-Forschungsförderungsprogramm „Theorie politischer Institutionen“ (Göhler 1994) war zu Zeiten der erheblichen Resonanz der Luhmannschen Systemtheorie im Kern ein politikwissenschaftliches Forschungsprogramm gegen dessen radikal zuge-spitzte Infragestellung politikwissenschaftlicher Selbstverständnisse (vgl. Rehberg 1994). Die Krise der Politik spielte allerdings in dem damaligen Diskurs noch keine Rolle. Es ging vielmehr darum, den Primat und die Gestaltungsfähigkeit der Politik im wissenschaftlichen Diskurs zu behaupten. Der steht inzwischen praktisch durchaus infrage, und darum geht es im neueren Diskurs zur Krise der Politik. Naheliegender Weise ist hingegen Luhmann in diesem kritischen politikwissenschaftlichen Diskurs, der auf dem Steuerungs- und Gestaltungsanspruch von Politik beharrt und ihn angesichts multipler ökonomischer und ökologischer Krisenentwicklungen zu erneuern fordert, kein ernstlicher Referenzpunkt mehr¹³. Aber für den in diesem Diskurs reflektierten, zunehmend krisenhaften politischen Prozess selbst scheint sie gleichwohl eine durchaus erhellende, weil in weiten Teilen zutreffende Beschreibung – und zugleich ideologische Festschreibung – zu sein. Wenn etwa Jürgen Nowak als damaliger Leiter der Grundsatzabteilung des Bundeskanzleramtes in einem Aufsatz über „Bedingungen und Grenzen des Vertrauens in Politik“ (Nowak 2002) ganz pragmatisch von der „Tugend der Orientierungslosigkeit“ spricht, der junge Menschen vertrauen, die „Probleme lösen“ wollen und „sich mit Menschen (identifizieren), die ebenso handeln“ (a. a. O. 219), dann zielt das ganz im Luhmannschen Sinne auf „Anschlusshandeln“, das „Erwartungen nur insoweit (präzisiert), wie dies zur Sicherung von Anschlussverhalten unerlässlich ist“ (Luhmann 1984, 418).¹⁴

3.2. Die wissenschaftliche Debatte um die Krise der Politik und ihre immer drängendere europapolitische Dimension

Damit sind wir bei den aktuellen Debatten um die Krise der Politik angelangt. Diese Krise ist eine des demokratischen Projekts der Moderne, hervorgerufen durch die ökonomisch-ökologische Doppelkrise (Martens 2012 und 2013d). Wesentliche Beiträge reichen von Zigmunt Bauman (1999 u. 2003), über Jaques Rancière (2002), Giorgio Agamben (2002), Chantal Mouffe (2007) oder Phillip Manow (2008) bis zu

¹³ Zu meiner Kritik, nicht von überholten hegelmарxistischen Subjektkonstruktionen ausgehend, sondern unter Rückgriff auf Helmuth Plessners Philosophische Anthropologie sowie auf Arendts Politikkonzept, vgl. Martens 2013a, 162-229).

¹⁴ Zur Auseinandersetzung mit Ideologie und Realität des systemtheoretischen Konzepts der Anschlussfähigkeit siehe auch Martens 2013, 174-181.

Colin Crouch (2008).¹⁵ Ihr weithin gemeinsamer kritischer Bezugspunkt sind Carl Schmitts zutiefst konservative Reflexionen über den Souverän und den Ausnahmezustand. Ihr positiver Referenzpunkt ist immer wieder Hannah Arendt mit ihrer Konzipierung des Raums der Politik als eines Raumes der Freiheit. Einige neuere Beiträge bemühen sich in kritischer Anknüpfung an sie, Erfordernisse und Möglichkeiten einer neuerlichen Demokratisierung auch im Blick auf die Sphäre der Wirtschaft zu reflektieren (vgl. Lieb 2009, Martens 2010).¹⁶ Crouchs „Postdemokratie“ ist also der vorläufige Endpunkt einer längeren akademischen Debatte, die darüber hinaus in den letzten Jahren um einen zweiten Diskurs über Herausforderungen und Chancen zu einer Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft erweitert worden ist.

Diese allgemeine Debatte ist hier nicht im Einzelnen zu referieren, auch nicht in den zuletzt angesprochenen Zuspitzungen. Ich werde im Weiteren nur wenige ausgewählte Aspekte behandeln. Zuvor sind aber einige kurze Bemerkungen zu der in ihr weitgehend vernachlässigten europapolitischen Dimension angebracht.¹⁷ Besonders prägnant lässt sich anhand der Entwicklung der EU nachzeichnen, wie eine von Beginn an als wenig demokratisch konzipiertes Elitenprojekt (Enzensberger 2011) im Zuge des neoliberalen Rollbacks spätestens seit den 1990er Jahren von den politischen Eliten selbst als strategischer Hebel zur Aushöhlung nationalstaatlich verankerter demokratischer Prozeduren und Strukturen genutzt worden ist (Wolf 2009b). Der Prozess der Selbstentmachtung der Politik, von dem Bauman (1999) am Beginn der oben angesprochenen Debatte bereits spricht, lässt sich hier besonders eindrucksvoll nachzeichnen. Jürgen Habermas (Habermas/Fukuyama 2012) hat auf die aktuelle „Legitimationskrise“ dieses „bisherigen technokratischen Elitenprojekts“ verwiesen und dagegen im „wohlverstandenen Eigeninteresse“ der Völker der europäischen Union auf der „demokratischen Grundlage einer stärkeren Beteiligung der Bevölkerung“ mehr statt weniger Europa gefordert. Judith Dellheim und Frieder O. Wolf (2013) haben, wiederum an diese Thesen kritisch anknüpfend, Habermas' unbeirrte Orientierung auf die „proeuropäischen Parteien“, die „liberalen und sozialdemokratischen Demokraten“ problematisiert. Deren Politik habe doch gerade „die Finanzdienstleistungen liberalisiert, Einkommens- und Vermögensverteilung polarisiert und damit liquide Geldmittel potenziert“ (a. a. O. 93), und so die Dynamiken des heutigen finanzmarktgetriebenen Kapitalismus erst wirklich freigesetzt. Dessen Realitäten in Gestalt von „Privatisierung, Finanzialisierung, Austerität, TNC bzw. transnationale

¹⁵ Zu einem breiteren Überblick und einer systematischen Diskussion siehe Martens (2010, 75-110).

¹⁶ Und eine Reihe weiterer Autoren greifen das Konzept der Wirtschaftsdemokratie eher in Anknüpfung an die Traditionen der deutschen Arbeiterbewegung auf, z. T. auch mit sehr grundsätzlichen demokratietheoretischen Reflexionen, aber ohne diesen Rückbezug auf Arendt. Zu nennen sind etwa: Meine u.a. 2011, Demirovic 2007, Hyman 2012a u. b, Beerhorst 2009 a u. b, Fricke/Wagner 2012.

¹⁷ Heil/Hetzel (2006) verweisen in der Einleitung zu ihrem Buch allerdings auf das Beispiel der EU. Zur systematischen Diskussion hierzu vgl. relativ früh Scholz u.a. 2009, sowie zur aktuellen Diskussion Enzensberger 2011, Habermas 2011a u. b, Habermas/Fukuyama 2012, Dellheim/Wolf 2013, Streeck 2013 a u. b sowie Balibar 2013.

Konzerne, institutionalisierte Finanzmarktakteure, Hedgefonds (...würden) im ‚Bericht Europa 2030‘ (Reflexionsgruppe 2010) als selbstverständliche und nicht zu hinterfragende Grundlage aller weiteren Überlegungen zur Politik unterstellt“ (a.a.O. 96f). Flankierend werde im Kontext einer solchen Perspektive der neoliberalen Beherrschung der „Herausforderungen der Globalisierung“, die weitere Deregulierung durch neue Freihandelsabkommen wie etwa das TTIP, anstrebe, auch die wachsende Bedeutung der „Sicherheitsdimension“ akzentuiert (a. a. O. 98). Sie fordern gegen diese Grundlinien der Politik der EU (vgl. auch Wolf 2013), unterschiedliche soziale und ökologische Interessen und Interessenverletzungen ernst zu nehmen, setzen dazu auf neue Bewegungen von unten, verweisen aber zugleich auf sehr wohl vorhandene institutionelle Ansatzpunkte, etwa im Lissaboner Vertrag (a.a.O. 101).

3.3. Politische Herrschaft heute – entpersonalisiert und nachmetaphysisch?

Nun zurück zu ausgewählten Aspekten der allgemeinen Debatte. Ich beziehe mich dazu insbesondere auf die Frage, ob sich demokratische Politik gänzlich in Diskursen verflüssigt hat, auf Argumente dafür, weshalb dies nicht der Fall ist, sowie darauf, dass nicht zuletzt darin Gründe dafür liegen, dass wir uns heute mit Prozessen einer Refeudalisierung der modernen westlichen Gesellschaften konfrontiert sehen.

Im Licht der oben nur knapp benannten Debatte erscheint es fragwürdig, mit Agamben auf die historisch tief liegenden mythologischen Wurzeln vordemokratischer Herrschaft zurückzugehen, um von aus zu der provozierenden These „einer innersten Solidarität zwischen Demokratie und Totalitarismus“ zu gelangen (Agamben 2002, 20). Denn „Agambens Beschwörung des Banns“ führt, wie Wolf (2009b, 6) zu Recht konstatiert, dazu, die „modernen Formen politischer Praxis (...) auf archaische Herrschaftsverhältnisse zu reduzieren“ und so die „Differenz zwischen modernen, ‚sachlich vermittelten‘ Verhältnissen und den vormodernen Verhältnissen persönlicher Abhängigkeit“ unsichtbar zu machen (a. a. O. 10). Aber es zeigt sich auch, dass es ein Irrtum ist, dass die moderne Demokratie als Erbe des Vernunftsrechts keine Bilder mehr kenne und mit einer „Entkörperung der Macht“ einhergehe (Lefort 1990,293). Philip Manow (2008) zeigt nämlich mit seiner Analyse, der „politischen Anatomie demokratischer Repräsentation“ dass „der oft für tot erklärte politische Körper auch in der Demokratie lebendig ist oder zumindest nachlebt“ (Manow 2008,9). Die Beschreibung der neuen Ordnung habe notgedrungen in einer Semantik erfolgen müssen, die noch der alten verhaftet war, und „die prinzipiell neue Antwort auf die Frage nach der Rechtmäßigkeit von Herrschaft (wurde) in jener Sprache gegeben, in der man traditionell von Legitimität sprach“, führt er, den Politikwissenschaftler P. Kielmannsegg zitierend fort (a. a. O.,113).Seine Analyse der Entwicklung nach der französischen Revolution mündet in die These, dass die Demokratie mit dem Parlament „einen symbolischen Körper anstelle eines Volkes, das unauffindbar ist und nicht dargestellt werden kann“ gesetzt habe. Es sei „dieses Nachleben von Elementen vorgängiger Herrschaftslegitimation in dem neuen, sich als aufgeklärt deklarierenden Zeitalter, das Foucault (...gemeint habe, als) er konstatierte:‘ In der politischen Theorie haben wir dem König noch nicht den Kopf abge-

schlagen“ (a. a. O.115). Gegen die These, dass heute „politische Herrschaft ‚entpersonalisiert‘ und ‚nachmetaphysisch‘ sei (Habermas)“ argumentiert Manow daher, „dass dies vielleicht ein frommer Wunsch, mit Sicherheit aber ein Irrtum der Demokratietheorie (sei), die sich die ganze Politik in Diskursen verflüssigt wünscht“ (a.a.O. 143). Vielmehr sei zugleich - in Umkehrung zu einer These von Carl Schmitt – zu sagen, „dass jede Zeit mythische Überzeugungen hat, die ihrer politischen Ordnung entsprechen“. (Manow, 2008, 13).

Im letzten Kapitel seines Buches stellt Manow unter der Überschrift „Demokratische Körper – despotische Körper“ die Präsentation des politischen Doppelkörpers in totalitären Regimes behandelt demokratischen gegenüber: hier ästhetisierte, weibliche Masse, dort der Führer, „heiße“ Repräsentation hier gegenüber „kalter“ dort; hier Kurzschluss zwischen Führer und anwesender Menge in den grandiosen, theatralischen Inszenierungen des Regimes, dort Distanz zwischen Parlament und abwesendem Volkssouverän. Es geht dann aber unter den Überschriften „gewalttätig / wundertätig“ und „dignitas / humanitas“ an kleinen Beispielen auch darum, wie auch demokratisch gewählte Politiker durchaus immer noch zu „kollektiven Wunschpersonifizierungen“ des Souveräns gemacht werden, bzw. sich auch bewusst als solche inszenieren.¹⁸ Karl Georg Zinn (2007,68), spricht in Bezug auf vergleichbare Phänomene von „Zugehörigkeitsillusion oder gar –neurosen“ der Repräsentierten im Verhältnis zu „quasi liturgischen Übersteigerungen der narzistischen Selbstdarbietung der Machtprominenz“.

Ich denke, die jüngste Debatte um eine Refeudalisierung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse findet hier einen Anknüpfungspunkt. Sighard Neckel (2010 u. 2013) spricht, auch hier im Anschluss an Jürgen Habermas (1962), von Refeudalisierung „nicht als Wiederkunft einer historisch längst vergangenen Epoche, (sondern als...) eine prozessierende Selbstwidersprüchlichkeit (...), die ab bestimmten Schwellenwerten in der Weise umschlagen kann, dass gesellschaftliche Institutionen jene normativen Eigenschaften verlieren, die sie einst als historisch neu gekennzeichnet haben“ (Neckel 2010, 14). Er analysiert ein solches Umschlagen (Neckel 2013, 49ff) anhand (1) einer Refeudalisierung der Werte (bei der Begründung hoher Gehälter von Leistung hin zu Eigeninitiative und Selbstverantwortung), (2) der Wirtschaftsorganisationen (durch die Etablierung einer ständisch privilegierten Managerklasse, die für den Shareholder Value die notwendigen Dienste erbringt), (3) einer Refeudalisierung der Sozialstruktur (durch die Wiederkehr der Dichotomien angesichts einer Zementierung der Abstände zwischen entrückten Eliten und neuer Prekarität) sowie (4) einer Refeudalisierung des Wohlfahrtsstaates (in der öffentliche Wohlfahrt als Stiftung und Spende reprivatisiert werde).

¹⁸Manow illustriert dies anhand einer ganzen Reihe von eindrucksvollen Beispielen – von symbolhaften Auftritten mit Kindern, über die symbolträchtige Wahl des Termins einer „Inthronisation“, oder die Gestaltung des Augenblicks eines Wahlerfolgs - etwa in Bezug auf G.W Bush, N. Sarkozy, S. Berlusconi, T. Blair oder G. Schröder (a. a. O. 136ff).

All dies sind Prozesse, die sich ähnlich auch in der Debatte um die Postdemokratie finden. Insofern in Neckels Analysevorschlagn aber darauf verwiesen wird, dass und wie hier alte Werte in neuer Gestalt im Kontext der Durchsetzung der Interessen von „Kapitaloligarchien“¹⁹ entwickelt und z.T. strategisch in der Gesellschaft zur Geltung zu bringen versucht werden²⁰, gewinnt Manows Umkehrung der These Schmitts, die dann lautet, jede Zeit habe mythische Überzeugungen, die ihrer politischen Ordnung entsprechen, hier ihren Stellenwert. Erst eine weiter fortschreitende radikale Demokratisierung, wie sie etwa Arendt vertreten hat, die wie erwähnt Referenzpunkt aller Debatten zur Krise der Demokratie ist, könnte solchen Prozessen einer Remythologisierung wirklich den Boden entziehen. An dieser Stelle ist allerdings darauf hinzuweisen, dass man mit einem solchen Programm der Etablierung wenn nicht rätendemokratischer so doch progressiv partizipativ demokratischer Prozesse theoretisch wie praktisch ungelöste Fragen angehen muss. So hat z.B. Habermas (1971,241ff) durchaus mit Gründen darauf hingewiesen, dass Arendts Werk für eine Analyse der Entstehung politischen Handelns hoch anregend, für Fragen der strategischen Politikformulierung und verbindlichen Entscheidung jedoch, nicht weiterführend sei. Oder mit anderen Worten: man muss den bei Jefferson immerhin zu findenden Rätegedanken im Hinblick auf die Erfordernisse komplexer heutiger Gesellschaften neu und weiterdenken.²¹

Ein Ausgangspunkt solchen Weiterdenkens ist die, durch den NSA-Skandal aktualisierte Einsicht in „die Wahrheit der Herrschaft“ (Steinfeld 2013), also den Sachverhalt, dass auch die parlamentarische Demokratie als Herrschaftsform zu begreifen ist. Dabei ist es für herrschende - und anders als etwa Plessner noch in den 1950er Jahren meinen mochte, zunehmend gegenüber der Gesellschaft abgehobene Eliten, eine zunehmende Herausforderung, dass sie praktisch seit mehr als drei Jahrzehnten mit wachsenden Problemen der Gestaltung oder doch wenigstens Kontrolle gesellschaftlicher Entwicklungen konfrontiert sind. Die IuK-Technologien und das Internet setzen dabei, wie Steinfeld richtig konstatiert, neue und im Übrigen ambivalente

¹⁹ Verstanden als „Netzwerk von Eliten der Eigentümer und Agenden des Finanzkapitals, zu dem Eliten in Verwaltungen und Parteien gehören“ (s. Dellheim/Wolf, 2013, 94 u. Fn 7).

²⁰ Zu denken wäre etwa an die „Initiative soziale Marktwirtschaft“.

²¹ Wenn Arendt (1974,391f) etwa schreibt: „Für die Männer der (amerikanischen H. M.) Revolution war das Repräsentationssystem erheblich mehr als ein technischer Notbehelf für große Bevölkerungsmassen, die nicht mehr direkt an Regierungsgeschäften beteiligt werden können, Die Repräsentation, d. h. die Begrenzung auf einen kleinen, gewählten Kreis von Bürgern, sollte vor allem einer Reinigung sowohl des Interesses wie der Meinungsbildung dienen, sie sollte vor ‚der Verwirrung der Menge‘ Schutz gewähren“, führt dies eben unmittelbar zu der Frage nach den öffentlichen Räumen, in denen Interessen und Meinungen artikuliert, ausgetauscht und entwickelt werden können, Räumen, in denen alle einzelnen BürgerInnen sich in der Verfolgung von Gruppeninteressen und persönlichen Meinungen selbst politisch betätigen können, so dass die Öffentliche Meinung nicht zum „Tod aller Meinung und Meinungsbildung“ und so nicht „das „Plebiszit der Tod des Wahlrechts“ werden muss (a. a. O. 294).

Bedingungen²², und deren rigorose Nutzung durch staatliche Einrichtungen wie die Nachrichtendienste führt dann zu dem gegenwärtigen Skandal – aber der resultiert keineswegs einfach aus der inneren Logik, nach der diese Dienste handeln und dabei eben neue technische Möglichkeiten nutzen.

4. Der NSA-Skandal im Kontext einer sich weiter verschärfenden Krise der Demokratie

Stellt man den NSA-Skandal in den breiteren Zusammenhang gesellschaftlicher Krisenentwicklungen, den der Diskurs um die Krise der Demokratie reflektiert (Martens 2014), dann geht es nicht nur um die im Prinzip immer vorhandene Tendenz von Geheimdiensten, sich unbegrenzt Wissen zu verschaffen. Vielmehr steht im Hintergrund – in den USA ganz offensichtlich mit der geradezu traumatischen Erfahrung von 09/11 befeuert – eine wachsende Beunruhigung der herrschenden Eliten über für sie zunehmend schwerer und z.T. kaum mehr zu kontrollierende Prozesse. Das im NSA-Skandal erfundene „Supergrundrecht“ auf Sicherheit hat hier seine Wurzel. Es ist ja zugleich die Forderung der Eliten danach, alles Erdenkliche zu tun, um eine bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten, die immer noch eine Herrschaftsordnung ist und an deren Aufrechterhaltung herrschende Eliten noch einmal ein ganz besonderes Interesse haben. Es geht also um das „Weiter so“ im Rahmen der nach herrschendem Verständnis besten aller möglichen Herrschaftsformen, also um die Fortsetzung einer Politik, die in der Tat dem, systemtheoretischen Verständnis, wie es Luhmann pointiert formuliert hat, korrespondiert. Erst in diesem Zusammenhang – in dem z.B. auf Lügen begründete und im Kern durch ökonomische und geopolitische Interessen begründete Kriege möglich wurden und dann ihre Folgen zu beherrschen versucht werden – kann man die grenzenlose Sammlung von Meta-Daten angemessen bewerten. Arendt hat am Ende ihres zu Recht berühmten Essays über „Lying in Politics“, in dem sie den Zustand der amerikanischen Politik im Licht der zuvor veröffentlichten Pentagonpapiere analysierte, noch konstatiert, dass der Geist der Republik noch lebe und weiter geschrieben, dass die Pressefreiheit als

„Recht auf nicht manipulierte Tatsacheninformation funktioniert, und um mittels unerklärter aggressiver Kleinkriege imperialistische Politik zu betreiben bedürfte es schon erst eines tiefgreifenden Wandels des amerikanischen Nationalcharakters“ (Arendt 1971, 18).

Angesichts der Entwicklungen der seitherigen gut vierzig Jahre, auf die die Debatte um die Krise der Demokratie ja eine Reaktion ist, beschleichen einen Zweifel, ob sie diese Einschätzung heute auch noch so formulieren würde. Wie zitiert haben ernst zu

²² Vgl. etwa die Analysen von Roland Roth zu den sozialen Bewegungen in den Jahren 2010/2011 (Roth 2012). Sie zeigen, dass sich die Proteste unter Nutzung des Netzes in Gestalt nicht linearer Systeme entwickeln. Man kann über die Netze mächtig werden, und Macht definiert sich neu, konstatiert er im Ergebnis seiner Analysen für soziale Bewegungen, wie sie in den Jahren 2010/2011 neu auftraten. Die jüngste Protestbewegung in Brasilien bestätigt diese Analyse.

nehmende amerikanische Beobachter – allerdings wohl im Blick auf das politische Institutionengefüge - angesichts des NSA-Skandals konstatiert, dass die USA keine funktionierende Demokratie mehr seien (Carter 2013, Ellsberg 2013).

Ein wenig wird man in solcher Lage, in der gleichwohl öffentlicher Protest weithin ausbleibt und das heillose „Weiter so“ der herrschenden Politik kaum erschüttert wird, an Joachim Schumachers Analyse zur „Angst vor dem Chaos und der falschen Apokalypse des Bürgertums“ erinnert (Schumacher 1978/37). Selbstredend geht es dabei nicht um falsche Vergleiche zum damals schon absehbaren Eroberungskrieg der Nationalsozialisten; aber in historisch anderen Formen. und mittlerweile in der Bedrohlichkeit nicht weniger besorgniserregend, bedrohen die absehbaren Folgen heutigen multiplen Krisenentwicklungen – der neuen „Großen“ ökonomischen Krise, der Ökologischen Krise, der Krise der Politik und der neu einsetzenden konsequenten Verfolgung geopolitischer Interessen der Großmächte - unser atlantisches Zivilisationsmodell. Das „Supergrundrecht Sicherheit“ wird in diesem Kontext im Kampf gegen die Feinde unserer demokratischen Ordnung postuliert ohne Rücksicht darauf, dass so gerade dadurch – in Ergänzung zur weiterhin unter neoliberalen Vorzeichen forcierten Globalisierung, der so herbeigeführten Verschleppung von durchgreifenden Maßnahmen gegen eine forcierte ökologische Krise sowie zu den längst eingetretenen Entwicklungen hin zu postdemokratischen Verhältnissen (Dellheim/Wolf 2013, Martens 2014) - unsere Freiheit selbst konsequent weiter untergraben wird. Und es ist als einseitige Antwort auf die fortschreitenden multiplen Krisenprozesse alles andere als ein Versprechen auf Sicherheit. In diesem Zusammenhang macht es durchaus Sinn, sich die Zahl der Opfer des – überdimensional zur allgemeinen Bedrohung aufgeblasenen - Terrorismus und die unvergleichlich größeren Zahlen an Opfern anderer- geradezu selbstverständlich hingenommener – Folgen und „Kollateralschäden“ unseres Zivilisationsprozesses vergleichend vor Augen zu führen. Wir hätten gute Gründe, uns über Mängel, Krisen und tödliche Folgen unserer Lebensweise (Ernährung, Verkehrssysteme, Gesundheitswirtschaft, Altersversorgung) Sorgen zu machen.

Wir hätten also jeden Grund, darüber nachzudenken, wie wir sie jenseits des „Weiter so“, also des vermeintlich unabweisbar gewordenen Selbstlaufs von als systemisch verstandenen gesellschaftlichen Prozessen, im Zuge einer Verlebendigung demokratischer Prozesse in Wirtschaft und Gesellschaft besser gestalten könnten, statt darüber, wie wir diesen Selbstlauf durch eine darum herum aufgebaute und immer weiter perfektionierte „Sicherheitsarchitektur“ weiter zu gewährleisten vermögen. Was dabei nämlich geschieht – und das führt der NSA-Skandal eindringlich vor Augen - ist, dass die BürgerInnen, also nach dem Verständnis des demokratischen Projekts der Moderne die den Souverän bildende Menge der Vielen, zunehmend als eine Ansammlung vieler Einzelner gefasst wird, in der jeder und jede Einzelne potentiell als eine Bedrohung von Ordnung und Sicherheit angesehen wird. Und dies geschieht, oder vollzieht sich scheinbar systemisch notwendig, parallel zu einem Prozess, in dem die soziale Bürgerschaft der gleichen einzelnen Vielen fortschreitend weiterer Erosion ausgesetzt bzw. überlassen wird (Martens 2013c). Denn wenn die vorliegenden Ana-

lysen zu den multiplen Krisenprozessen – also etwa von Joseph Vogls (2010) Analyse zur Krise des ökonomischen Systems, die er in die These von dessen Oikodizee angesichts der Weltfinanzkrise von 2007/8 münden lässt, oder die, von Ernst-Ulrich v. Weizsäcker u.a. (2010), oder auch vielen Anderen (Literaturüberblick bei Martens 2014, 32-47) zur ökologischen Krise, angesichts derer er die Forderung naheinem „reiferen zivilisatorischen Modell“ erhebt, und schließlich die der vorne diskutierten Autoren zutreffen, die die Krise der Politik im Zeichen von Postdemokratie und Refeudalisierung hervorheben, dann ist keine andere Option als die einer neuerlichen radikalen Demokratisierung mehr realistisch. Dabei liegt es geradezu auf der Hand, dass in dem Moment, in dem man diese Frage erneut ernsthaft stellt – und also die heutige faktische Umkehrung des Primats der Politik zu einem Primat der Ökonomie, nach dem es darum, geht, dass die nur noch mitbestimmenden Parlamente das Vertrauen der Märkte gewinnen, radikal in Frage stellt -, um eine Aufhebung der strikten Trennung der Sphären von Wirtschaft und Demokratie gehen müsste. Und dies wäre nicht zuletzt eine neue wirtschaftsdemokratische Perspektive (Martens 2010 u. 2011). Dass dazu Demokratisierung und Demokratisierung der Wirtschaft neu gedacht werden müssen und dass das theoretisch wie praktisch eine Fülle von Herausforderungen mit sich bringt, wurde bereits betont. Wenn man aber demokratische Gesellschaften will, dürfte nur das eine aussichtsreiche Alternative zu ihrer weiteren Aushöhlung unter der Maxime sein, sie „wirtschaftskonform“ umzugestalten, sie also an Märkte anzupassen, in denen Privatrechtlich verfasste, per Definitionem undemokratische Organisationen, die Marktzwängen Rechnung tragen müssen, das Handeln von Menschen bestimmen.

5. Schlussfolgerungen

Der NSA-Skandal – und mehr noch als die schier grenzenlose Sucht der Dienste alles über die Bürger zu wissen und dazu das „Füllhorn der Möglichkeiten“, die die IuK-Technologien bieten, dann aber auch in jeder Hinsicht zu nutzen, der Umstand, wie hilflos der offizielle Politikbetrieb darauf reagiert, dass ein Geheimdienstmitarbeiter diese Praktiken öffentlich macht - kann als ein weiteres Symptom der Krise demokratischer Politik begriffen werden. Und im Licht des wissenschaftlichen Diskurses zur Krise der Politik bekommt die in der aktuellen öffentlichen Debatte vertretene These, nach der die systematische Verletzung von Grundrechten einen „Fall von Staatsnotstand“ konstituiert (Prantl 2013) erst ihr volles Gewicht. Denn der Blick richtet sich nun einmal mehr auf die fortgeschrittene Erosion demokratischer Praktiken und Rechte der BürgerInnen und die Schaffung von, zunehmend den abgehobenen Eliten vorbehaltenen, Orten souveräner Macht im Rahmen fortschreitend postdemokratischer und refeudalisierter Verhältnisse.

Nachdem die sozialen Netzwerke uns zu Konsumenten gemacht haben, deren Bedürfnisse dank der über Metadaten errechneten Profile vorausberechnet werden können – und analog die Politik uns zum ebenso berechenbaren Demokratiekonsumenten gemacht hat und die Postdemokratie so zu einer Demokratie „nach dem

Demos“ (Rancière) geworden ist - machen uns die Geheimdienste zum berechenbaren Risikofaktor für die reibungslose Fortsetzung des ökonomischen und politischen Betriebs. Die „schöne neue Welt“, in die wir uns so gestellt sehen, entspricht in frappierender Weise dem systemtheoretischen Modell der Wirklichkeit: Worauf es ankommt, das ist die Verstetigung der systemischen Prozesse – in den Sphären von Ökonomie, Politik, Wissenschaft usw. Die einzelnen Menschen werden dabei zu einer „Unbestimmtheitsstelle“ (Baecker 2003). In den Realprozessen werden sie entsprechend den Regeln des systemisch vorangetriebenen „Spiels des Lebens“ „profilieren“ - und dies entspricht den jeweiligen Menschenbildern als nutzenorientierter Konsument, also als homo oeconomicus, als Konsument eines politischen Prozesses, in dem man vorher weiß wie die Einzelnen entsprechend ihrer jeweiligen Profile sich entscheiden werden, oder auch als Sicherheitsrisiko, das die Dienste unter Nutzung der gleichen digital zugänglichen Meta-Daten frühzeitig zu identifizieren suchen. Allerdings gibt es in den Realprozessen dann doch – gemessen am systemtheoretischen Modell - einen Schönheitsfehler. Immer sind es nämlich Personen und Personengruppen aus den herrschenden Eliten, die mit ihren Entscheidungen diese vorgeblich systemischen Prozesse vorantreiben. Sie mögen sich selbst dabei als Getriebene sehen. Sie handeln am Ende doch als Bewegende der Prozesse – sei es durch Entscheidungen, sei es durch Aussitzen. Damit bleibt aber die Frage, was die digitale Revolution mit den durch sie forcierten sozialen Prozessen aus den Mächtigen macht. Im Licht des NSA-Skandals ist man geneigt zu sagen: Auf der einen Seite entstehen neue ökonomische Eliten auf den Finanzmärkten, die man mit Neckel (2013,51) als eine Art „Dienstklasse des Finanzmarktkapitalismus“ verstehen kann, für die sich der kapitalistische Profit wieder zu etwas ähnlichem wie der Rente der Grundbesitzer im Wirtschaftskreislauf des 18. Jahrhunderts verwandelt. Soziologen wie Neckel sprechen von „Refeudalisierung“.

Aber der Finanzmarktkapitalismus entfaltet sich in Gestalt zunehmend krisenbehafteter Prozesse. Das gilt in den Dimensionen von Ökonomie Ökologie und Politik. Und bei letzterer geht es nicht nur um die demokratische Politik nach innen, sondern zugleich in einem von neuem wachsenden Maße auch darum, außenpolitisch geopolitische Machtpositionen und Vorteile zu sichern oder zu gewinnen. Die Politik ist mithin nicht nur innenpolitisch vom Kampf um Machterhalt getrieben - im Verhältnis der Eliten zum Wahlvolk als erklärtem Souverän, der aber längst nicht mehr als Souverän sondern als manipulierbare und über die Profilierung aller Einzelnen auch gezielt steuerbare Masse. Sie ist als einziger Repräsentant staatlicher Souveränität auch außenpolitisch von Maximen des Machterhalts angetrieben. In zunehmend unsicheren Zeiten heißt das aber auch, dass sie von Ängsten getrieben ist. Das „Supergrundrecht“ auf Sicherheit hat hier seine Wurzel. Zugleich können für die Angehörigen der Eliten – die in unseren wieder dichotomisch gewordenen Gesellschaften zunehmend gegenüber der Masse der Bevölkerung abgehoben sind, allerdings auch Machtphantasien entstehen. George W., Bushs Selbstverständnis im „Kampf gegen das Böse“ oder Dick Chewneys bemerkenswerter Satz, „wir müssen jedoch auch, wenn sie so wollen“ im Kampf gegen den Terror „auf der dunkeln Seite arbeiten“

(Stock, 2013, 56) gäben hier schon genug Anlass zu einiger Nachdenklichkeit. Für die Dienste, die alles wissen wollen – und dank der digitalen Revolution zunehmend offenbar auch wissen können, dies aber niemandem sagen - liegt die Frage danach, ob die handelnden Personen hier von Allmachtsphantasien getrieben sind, noch näher. Sicher ist jedenfalls, dass wir einzelnen Bürger aus ihrer Sicht zu berechenbaren und funktionierenden Gliedern der Gesellschaft gemacht werden müssen. Zu Zeiten des Feudalismus hätte man von Untertanen gesprochen.

Der konservative Demokrat Frank Schirrmacher hat in einer Fernsehdiskussion (Frank 2013) zutreffend davon gesprochen, dass der NSA-Skandal ein kennzeichnendes Licht auf eine bereits tiefgreifend veränderte soziale Wirklichkeit werfe: Den homo oeconomicus aus seinem „Spiel des Lebens“ im Hinterkopf, konstatiert er, über unsere zunehmend normativ durchgesetzte Prägung nach diesem in den Algorithmen der Finanzwirtschaft festgeschriebenen Egos hinaus: „Diese Daten – die Unternehmen wie Google, Facebook etc sammeln und die Dienste abschöpfen (H. M.) - werden zu Erzählungen über unser Leben“. Aus ihnen ließe sich eine Landkarte sämtlicher sozialer Beziehungen einer Gesellschaft erstellen“. Und das wäre nicht nur „eine Veränderung des sozialen Klimas“, sondern – analog zur Argumentation in seinem Buch – „eine anthropologische Wende“ (a. a. O. 2), die machtvolle normative Durchsetzung des reduzierten Menschenbildes, das in den Algorithmen verkörpert ist: des homo oeconomicus, des Wählers als idealfreien Konsumenten mit vorausbe-rechenbaren Bedürfnissen, des Bürgers als potentiellm Risikofaktor für die Sicherheit der gesellschaftlichen Prozesse.

Um an dieser Stelle und zum Schluss der hier angestellten Überlegungen auf Schirrmachers ökonomischen Ausgangspunkt zurückzukommen: Uns Bürgern wird Sicherheit versprochen; aber es ist absehbar, dass die Risiken weiter wachsen werden, weshalb die Kontrollbedürfnisse der ihnen gegenüber stehenden souveränen Macht weiter anwachsen dürften. Was den BürgerInnen bleibt, ist die Hoffnung auf die Ambivalenz der IuK-Technologien, etwa in Gestalt der sozialen Netzwerke: sie sind, wie zuletzt in Brasilien zu beobachten war, auch zur Beförderung demokratischer Willensbildung zu nutzen. Sie ermöglichen den „Aufstand der Vernetzten“ (TAZ online 26.06. 2013) - und die Menschen sind dann plötzlich gänzlich unberechenbar. Besser wäre es freilich, unser demokratisches Potential von vorneherein zu fördern und zu nutzen, statt uns alle als potentielle Sicherheitsrisiken zu behandeln. Statt ihres im Umgang mit dem NSA-Skandal einmal mehr beklagten „Leersprech“ wäre das mal wirklich eine Herausforderung für unsere Parteipolitiker, auch wenn der hier analysierte Skandal augenscheinlich in der Bevölkerung nicht so hoch gewichtet wird, wie dies seiner Bedeutung in der Krise der Demokratie entspräche. Gleichwohl: wird die Herausforderung nicht angenommen - wie so manche andere auf den Feldern von Ökonomie, von der Bewältigung der sogenannten Schuldenkrise bis hin zur fortschreitenden Erosion des Sozialstaats, oder in Bezug auf die Ökologische Krise, so dürften sich Unbehagen der BürgerInnen und ihre Parteienverdrossenheit weiter erhöhen.

Immerhin, der NSA-Skandal beschäftigt die Öffentlichkeit – hierzulande wie auch in den USA immerhin schon seit gut neun Monaten, allerdings in begrenzter und zuletzt wieder abnehmender Intensität. Wenn auch nur langsam, so hat sich in den Medien doch noch eine kritische liberale Öffentlichkeit konstituiert. Und auch innerhalb des herrschenden Politikbetriebs wirkt der Skandal weiter fort. Wenn ernst zu nehmende Journalisten von einem „Fall von Staatsnotstand“ sprechen²³, dann haben wir hier einen Skandal, der in Teilen der politischen Eliten selbst neues politisches Nachdenken auslösen könnte. Anders als im himmelschreienden Umgang mit den ökonomischen und ökologischen Krisenprozessen ist hier immerhin eine gewisse Stufe von Skandalisierung erreicht worden. Gleichwohl bleibt zu befürchten, dass die professionellen Politik nur von neuen krisen- und konflikthaften Ereignissen dazu getrieben werden wird, auf ihre eigene Krise durch verändertes Handeln zu reagieren. Und entsprechende katalytische historische Ereignisse kann man kaum antizipieren. Die sozialen Bewegungen vom Arabischen Frühling bis zu Occupy Wallstreet, oder vom Taksim-Platz bis hin zu den jüngsten Protesten in Brasilien zeigen das sehr deutlich – ebenso wie sie Belege für die Ambivalenz der neuen Medien sind. Chaostheoretisch gesprochen: wer weiß schon vorher, wo der Schmetterling fliegt, der den Wirbelsturm entfacht. Aber was man vorher wissen kann, das ist, dass es Großwetterlagen gibt, in denen die Gefahren eines u. U. so entfachten Wirbelsturms anwachsen. Es wäre fatal wenn eine von den multiplen Krisenentwicklungen des seit ca. dreißig Jahren währenden, und durch sie selbst erst so ermöglichten, neoliberalen Rollbacks getriebene Politik dem weiterhin vornehmlich durch sicherheitspolitische Maßnahmen, bei denen Sicherheit als „Supergrundrecht“ gelten soll, zu begegnen suchte und so sehenden Auges die längst erodierenden Grundlagen sozialer Bürgerschaft in einer sozialen Demokratie weiter zerfallen lässt. Die Angehörigen der Eliten sollten deshalb alles tun, um möglichen Unwettern, die nie nur – um im Bild zu bleiben - „die Luft bereinigen“ sondern immer auch große Schäden nach sich ziehen, durch Beeinflussung der politischen Großwetterlagen zu begegnen, also die tatsächlichen Aufgaben von Politik wahrnehmen; denn die Beherrschten in der Menge der Vielen werden sich am Ende bewegen.

Literatur:

- Adolphi, W. (2012): Nagelprobe China, in: Schönes Neues China, Das Argument, Heft 296, 54. Jg., Heft 1/2, S. 35-52
- Agamben, G. (2002) Homo Sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben, Frankfurt am Main
- Arendt, H. (1967): Vita activa, oder Vom tätigen Leben, München
- (1971) Lying in Politics, in: New York Review of Books, 18. 11. 1971, Nachdruck in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 3/2004, S. 3-18
 - (1974): Über die Revolution, München-Zürich

²³ So Heribert Prantl in der ZS vom 20./21.07. Angesichts der Berichterstattungen im November 2013 spricht er dann in einem Kommentar zu der Frage nach der Souveränität Deutschlands von

- >Arendt, H. (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass , Hg. von U. Lutz, München/Zürich
- Augstein, J. (2013): Deutschland und der Überwachungsskandal: Wir Untertanen, www.spiegel.de >Politik>Deutschland>S.P.O.N. im Zweifel links, 08.07. 2013
- Baecker, D. (2003): Die Zukunft der Soziologie, in: Soziologie. Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Heft 1/2003, S. 66-70
- Balibar, E. (2008): Die philosophischen Grundlagen des Wohlfahrtsstaats. Von der Kritik der Bürgerrechte zur Kritik der sozialen Rechte, in: Lindner, U.; Nowak, J.; Paust-Lassen., P. (Hg.): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit Frieder Otto Wolf zum 65. Geburtstag, Münster, S. 70-88
- Balibar, E. (2013): Für eine Neugründung Europas, in: Der Freitag, 06. 06. 2013, Beilage
- Bauman, Z. (1999): Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit, Hamburg
 - (2003): Die flüchtige Moderne, Frankfurt am Main
- Beerhorst, J. (2009a) Demokratie und Demokratisierung. Was stellen wir uns darunter vor? in: Dokumente, Protokolle der 33. Bundeskonferenz der sozialistischen Jugend Deutschlands - die Falken, 21. -24.Mai 2009, Karlsruhe, Berlin 2009 S. 18-18
- (2009b): Vergesellschaftung! Welche Vergesellschaftung? Über Finanzmarktkapitalismus, Krise und Demokratisierung der Wirtschaft, in: Kritische Justiz – Vierteljahrschrift für Recht und Politik, 2/2009, S. 148-166)
- Boie, J./Obermaier, F. (2013): Was ich nicht weiß. Seit Edward Snowden ist klar: Im Netz ist nichts privat. Aber regt das die Deutschen auf? Kaum. Eine Reise durch ein Land, das ganz einfach seine Ruhe haben will, SZ, 17./18.08. 2013
- Castel. M. Dörre, K. (2009): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt/New York
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main
 - (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Frankfurt am Main
- Dellheim, J.; Wolf, F. O., (2013): Das „wohlverstandene Eigeninteresse“ der Völker der Europäischen Union. Eine Entgegnung auf Jürgen Habermas, in: Berliner DAbatte Initial, 2, 2013
- Demirovic, A. (2007): Demokratie in der Wirtschaft. Positionen – Probleme - Perspektiven, Münster
- DGB (2012): Ein Marshallplan für Europa. Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa, Berlin
- Ellsberg, D. (2013): Die vereinigte Stasi von Amerika, SZ 11.07. 2013
- Enzensberger, H. M. (2011): Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas, Frankfurt am Main
- Europa Neu begründen! Den Marsch in den Ruin stoppen! Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen! www.europa-neu-begrunden.de/index.html
- Fach, W. (2008): Das Verschwinden der Politik, Frankfurt am Main
- Ferber, C. v. (1961): Die Institution der Arbeit in der industriellen Gesellschaft – Versuch einer theoretischen Grundlegung. Habil.Schrift, Göttingen (nur teilweise veröffentlicht)
- FNPA-Jahrestagung (2012) „Europakrise: Passive Revolutionen oder demokratische Aufbrüche?“, 23./24. März 2012, IG Metall-Bildungszentrum Berlin, Protokoll, www.FNPA.de
- Fossepoth, J., (2012):Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik´, Göttingen
 - „Viel Heuchelei im Spiel“, in: SZ, 10.07. 2013
- Frank, A. (2013): „Guardian“-Journalist Greenwald: „Ich trage diese Dokumente immer bei mir. <http://www.spiegel.de/kultur/tv/nsa-debatte-bei-beckmann-neue-snowden-enthuellungen-angekuendigt>, Spiegel online, 19.07. 2013
- Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.) (2012): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg

- Fried, N. (2013): Was weiß denn ich? Angela Merkel soll sich zur Überwachungsaffäre Prism äußern. Das macht die Bundeskanzlerin auch. Wortreich, betont ahnungslos und auch ziemlich dreist, SZ 20./21. 07. 2013
- Fukuyama, F. und Habermas, J. (2012): Der Europäische Bürger, in: Die Welt, 08.12. 2012. http://www.welt.de/print>/die_welt/literatur/article111892895/Der-europäische-Buerger.html
- Galbraith, J. K. (2013): James Galbraith im Gespräch, www.nachdenkenseiten.de 02.08. 2013
- Glunk, F. (2013): Der Investor ist unantastbar. Von Montag an sprechen USA und EU über ein Freihandelsabkommen, das dem Bürger ein geheimes Rechtssystem beschert, in: SZ, 05.07. 2013
- Göhler, G. (Hg.): Die Weigenart der Institutionen. Zum, Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden
- Grebing, H. (1966): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, München
- Habermas, J. (1962): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchung zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main
- (1971/87): „Hannah Arendt“ (1971), in: ders., Philosophisch-politische Profile, erweiterte Ausgabe, Frankfurt/Main-Wien 1987, 223-248.
 - (2011a): Merkels von Demoskopie geleiteter Opportunismus, in: Süddeutsche Zeitung vom 07.04. 2011
 - (2011b): Der Konstruktionsfehler der Währungsunion, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, 5/2011, 64-66
 - (2011c): Wie demokratisch ist die EU? Die Krise der Europäischen Union im Licht einer Konstitutionalisierung des Völkerrechts, in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik 8/2011, S. 37-48
- Hard, M.; Nergri, T. (2002): Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt a.M./Zürich
- Haug, W. F. (2012): Herr-Knecht-Dialektik in Chimerika, in: Schönes Neues China, Das Argument, Heft 296, 54. Jg., Heft 1/2 , S. 53-68
- Heil, R.; Hetzel, A.(2006): Die unendliche Aufgabe – Perspektiven und Grenzen radikaler Demokratie, in: dies. (Hg.):Die unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie, Bielefeld, S. 7-23
- Hyman, R. (2012a): Economic Democracy: An Idea Whose Time has come again? <http://www.social-europe.eu/2011/04/economic-democracy-an-idea-whose-time-has-come-again>
- (2012b): Demokratisierung der Wirtschaft. Vortrag auf dem Kurswechsellkongress der IG Metall, Berlin, 5. bis 7. 12. 2012, eigene Mitschrift ,[www: kurswechsellkongress.de](http://www.kurswechsellkongress.de)
- IG Metall Vorstand (2012): Kurswechsel für ein solidarisches Europa, FfM 09.10. 2012
- IG Metall Vorstand (2013): Ökonomie, Ökologie, Soziales Europa. Kurswechsellkongress Berlin,. 5. – 7. Dezember 2012, Frankfurt am Main
- Kilminster, R. (1996): Norbert Elias und Karl Mannheim - Nähe und Distanz, in: Rehberg, K.-S.(Hg.): Norbert Elias und die Menschenwissenschaften. Studien zur Entstehung und Wirkungsgeschichte seines Werkes, Frankfurt am Main, S. 352-392
- Klönne, A. (1980): Die Deutsche Arbeiterbewegung. Geschichte, Ziele, Wirkungen, Düsseldorf-Köln
- Krippendorf, E., (2001): Jefferson und Goethe, Hamburg
- (2000): Die andere Moderne, in: Fricke, W. (2002) Jahrbuch Arbeit und Technik, Bonn, S.
- Krugman, P. (2009):Die neue Weltwirtschaftskrise, Frankfurt/New York
- (2012):Vergesst die Krise! Warum wir jetzt Geld ausgeben müssen, Frankfurt/New York
- Lehndorff, S. (2011): Deutschland in der europäischen Krise: Teil der Lösung oder Teil des Problems? In: WSI-Mitteilungen, 12/2011, S. 650-658
- (2012): Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt – Zehn Länderfallstudien, Hamburg

- (2013) "Soziale Lage, soziale Bewegungen, Kräfteverhältnisse in den europäischen Ländern. Einführender Überblick für die Arbeitsgruppen, FNPA Jahrestagung 2013: „Ökonomische und politische Krise in Europa – Chancen für ein demokratisches und soziales Europa“, Berlin 01. Und 02. Februar 2013 (www.FNPA.de)
- Lieb, A. (2009): Demokratie: Ein politisches und soziales Projekt? Zum Stellenwert von Arbeit in /zeitgenössischen Demokratiekonzepten, Münster
- Luhmann, N. (1984): Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie, Frankfurt am Main
 - (1987): Die Zukunft der Demokratie, in: ders. (1987) Soziologische Aufklärung 4. Beiträge zur funktionalen Differenzierung der Gesellschaft, S.126-132, Opladen
 - (1989 (Politische Steuerung. Ein Diskussionsbeitrag, in: Politische Vierteljahrsschrift 1/1989, S. 4-9
- Manow, P. (2008): Im Schatten des Königs. Die politische Anatomie demokratischer Repräsentation, Frankfurt am Main
- Martens., H. (2010) Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
 - (2011): Neue Wirtschaftsdemokratie. Übergangsforderungen vor dem Hintergrund der Krise, in: DAS ARGUMENT, H. 291, 2/2011, S. 211-221
 - (2012): Neue Wirtschaftsdemokratie und das demokratische Projekt der Moderne. Fünf Thesen, in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, Ausgabe März/April 2012, <http://www.gegenblende.de>
 - (2013a): Anschlussfähigkeit oder politische Subjektivierung. Zur grundlagentheoretischen Fundierung anwendungsorientierter Arbeitsforschung Eine auch persönliche Bilanz, Münster
 - (2013b): Hannah Arendt und der politische Humanismus, Vortrag für das Kolloquium „Probleme und Aufgaben der Humanismusforschung“, FU-Berlin, 15.01. 2013, www.drhelmutmartens.de
 - (2013c): Selbsttäuschungen, Täuschungen und Lügen der herrschenden TINA-Politik und die Geschichtsvergessenheit ihrer sozialdemokratischen Kritiker, www.drhelmutmartens.de
 - (2014) Politische Subjektivierung und neues zivilisatorisches Modell. Plessner, Elias Arendt, Rancière und Foucault zusammen- und weiterdenken, Münster
- Meine, H.; Schumann, M.; Urban, H.-J. (Hg.) (2011): Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen! , Hamburg
- Merkel. A. (2013): Rede der Bundeskanzlerin Merkel beim Jahrestreffen 2013 des World Economic Forum, www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Rede/2013/01/2013-01-24-merkel-davos
- Müller, A. (2013): ...und niemand regt sich auf, Nachdenkseiten 15. 07. 2013
- Nicolaisen, P. (1995): Thomas Jefferson, Reinbeck bei Hamburg
- Neckel, S. (2010): Refeudalisierung der Ökonomie . Zur Strukturierung der kapitalistischen Wirtschaft, MPIfG Working Paper 10/6, 2010
 - 2013): „Refeudalisierung“ - Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse, in: Leviathan 1/2013, S. 39-55
- Negt, O. (2012): Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen
- Nowak, W. (2002): Bedingungen und Grenzen des Vertrauens in Politik, in: Fricke, W. (hg.): Jahrbuch Arbeit und Technik 2001/2002, Bonn, S. 215-220
- Obermaier, F. (2013): Vom Tisch oder unterm Teppich? Wie Pofalla die Öffentlichkeit beim NSA-Skandal in die Irre führt, SZ 14./15. 08. 2013
- Oertzen., P. v. (1976) Betriebsräte in der Novemberrevolution ((2. erweiterte Auflage) Berlin .Bonn-Bad Godesberg (Erstauflage Düsseldorf 1963)
- Plessner, H. (1985, 1955): Über Elite und Elitenbildung, in: ders: Gesammelte Schriften X. Schriften zur Soziologie und Sozialpsychologie, Frankfurt am Main, S. 138-146
- Prantl. H.- (2013): Unterirdisch. Die US Spionage in Deutschland untergräbt das Fundament, auf dem die Bundesrepublik steht, SZ, 20./21. 07. 2013
- Rancière, J. (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main

- Reflexionsgruppe (2010): Projektgruppe Europa 2030. Herausforderungen und Chancen, Bericht an den Europäischen Rat über die Zukunft der EU 2030, Brüssel, Mai 2010
- Rehberg, K. S. (1994): Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen, In : Göhler, G. (Hg.): Die Weigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden, S. 47-84
- Rehberg, K.-S. (2011): "Klassengesellschaftlichkeit" nach dem Ende der Klassengesellschaft?, in: Berliner Journal für Soziologie, 1/2011, S. 7 – 21
- Roth, R. (2012): Vom Scheitern und Gelingen sozialer Bewegungen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Heft 1/2012, S. 21-31
- Schirmacher, F.- (2013): Ego – Spiel des Lebens, München
- Scholl-Latour, P. (2013): Deutschland ist nicht souverän. Interview in Focus-Money 30/2013, S. 74-76
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Reitzig, J.; Peter, G.; Wolf, F.O., (2005/2006): Spandauer Thesen: Eine neue Politik der Arbeit für eine neue Zeit, www.forum-neue-politik-der-arbeit.de, veröffentlicht in: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F.O. (Hg.) (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit, Münster, S. 272-299
- Scholz, D.; Schmidt-Hullmann, A.; Karras, A.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Pieper, W.; Wolf, F.O. (Hg.) (2009): „Europa sind wir – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa“, Münster
- Steinfeld, T. (2013): Die Wahrheit der Herrschaft, SZ 05.07. 2013
- Stock, J. (2013): Einer gegen Amerika, in: Der Spiegel, 20, 2013, S. 50-57
- Streeck, W. (2013a): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012, Berlin
- Streeck, W. (2013b): „Der Euro ruiniert die Peripherie“. Im Gespräch Wolfgang Streeck über die Dominanz der Deutschen, den Ausstieg aus der Währungsunion und seinen Streit mit Jürgen Habermas, in>: der Freitag, 06. 06. 2013
- Vogl, J. (2010): Das Gespenst des Kapitals, Zürich
- Wallerstein, I. (2004): Absturz oder Sinkflug des Adlers? Der Niedergang der amerikanischen Macht, Hamburg
- Weichert, S. (2011): Das Unbehagen an der politisch-medialen Klasse. Meinungsmacher, Meinungsmärkte und Meinungsmedien im Hauptstadtjournalismus in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, Ausgabe Juli/August 2011 (<http://www.gegenblende.de/10-2011>)
- Weinbach, H. (2003): Diesseits des Patriarchats. Wie philosophieren Hardt und Negri im Empire?, in: Heinrichs, T.; Weinbach, H.; Wolf, F. O. (Hg.): Die Tätigkeit der Philosophen. Beiträge zur radikalen Philosophie, Münster, S.65-82
- Weizsäcker, E. U. v.; Hargroves, K.; Smith, M. (2010): Faktor Fünf. Die Formel für nachhaltiges Wachstum, München
- Wolf, F. O. (2007): „Haben wir es nicht auch etwas kleiner? Rückfragen zum überschwänglichen Projekt der Multitude“, in: ders./ Peter, Gerd, Welt ist Arbeit. Im Kampf um eine neue Ordnung, Münster 2007., 65-71.
- (2009a): Wie funktioniert europäische Politik und wie kann sie verändert werden?, in: Scholz, D.; Schmidt-Hullmann, F.; Karras, A.; Martens, H.; Paust-Lassen., P.; Pieper, W.; Wolf, F.O., (Hg.): „Europa sind wir“ – Gewerkschaftspolitik für ein anderes Europa, Münster, S. 17-39
 - (2009b): Giorgio Agamben und Walter Benjamin. ‚Politik des Banns‘, ‚Souveränismus‘ und ‚messianische Kraft‘* in: Borsìò, V.; Lisko, V.; Witte, B. (Hg.): Politics and Messianism: Kabbalah, Benjamin, Agamben, Würzburg
 - (2013): Die politische Entwicklung in Europa: Brüche zwischen den EU-Ländern; Trends der Renationalisierung und Entdemokratisierung. Vortrag auf der Jahrestagung des FNPA „Ökonomische und politische Krise in Europa – Chancen für ein demokratisches und soziales Europa, Berlin 01.02. 2013, www.FNPA.de

- Zielcke, A. (2013): Schattenreich der Justiz. Die Urteile des US-Gerichts für internationale Überwachung kennen nur die Antragssteller – das ist nicht Kafka, das ist die Verdunkelung des Rechts, SZ 23. 07.- 2013
- Zinn, K. G. (2007): Politische Kultur und beschäftigungspolitische Alternativen. Plädoyer für einen qualitativen Keynesianismus, in: Peter, G. (Hg.): Grenzkonflikte der Arbeit. Die Herausbildung einer neuen europäischen Arbeitspolitik, Hamburg, S. 48-76